

Sehr geehrte KollegInnen,

Berlin, 18.12.2016

nein, es hat noch kein Ende, die Messen sind noch nicht gelesen. Einige freuten sich zu früh und hofften, dass aufgrund des starken Widerstands von der Fachbasis und dem geschlossenen Widerspruch der Jugendhilfefachverbände das BMFSFJ von seinen Bestrebungen lassen würde, eine solche Reform weiter zu verfolgen.

Aus verschiedenen Quellen war zwischenzeitlich zu hören, dass das BMFSFJ zumindest einige Kernpunkte der Kritik beherzigen würde. Aber wie es so ist, es gab und gibt wohl weiterhin viele Köche, die die Suppe (in unserem Sinne) verderben. Es ist zu vermuten, dass hier – wie schon bei den Verbändeanhörungen deutlich wurde – die Medizinerlobby, aber auch die SRO-Lobby, vorne an die Hamburger Jugendbehörde, mit an den Strippen ziehen...

Dies geschieht, obwohl von vielen Seiten eine Verschiebung der Reform auf die nächste Wahlperiode gefordert, empfohlen und angetragen wurde. Immer wieder ist hinter den Kulissen zu hören, dass das BMFSFJ unbedingt diese „Reform“ durchziehen will, da man das Gesicht der Ministerin Schwesig wahren wolle. Obwohl die Entwürfe allgemein als handwerklich schlecht gemacht bezeichnet und man derartige grundsätzliche Änderungen machen müsste, um überhaupt noch etwas Vernünftiges zustande zu bringen, will man seitens des BMFSFJ unbedingt bis Ende Januar/ Anfang Februar 2017 einen Referatsentwurf erstellt haben. Das ursprüngliche Vorhaben bereits im Oktober einen solchen Entwurf vorzulegen, wurde immer wieder aufgeschoben und manche hoffen, dass dies erneut der Fall sein wird... und es vor dem Sommer doch keinen Entwurf geben würde... Aber ... das BMFSFJ scheint wild entschlossen zu sein....

Das BMFSFJ zeigt weiterhin eine große Intransparenz. Auf einzelnen Veranstaltungen, die es im Oktober/November/Dezember gab und auf denen sich BMFSFJ Mitarbeiter äußerten, wurde immer deutlich, dass man sich nicht klar äußern wollte.

Wenn Sie genaueres über die Abläufe seit dem Sommer lesen möchten, dann empfehle ich Ihnen den folgenden Link zu öffnen (Stand 11.11.2016)

<http://www.igfh.de/cms/nachrichten/informationen-zur-reform-sgb-viii-%E2%80%93-vorbereitung-eines-neuen-gesetzes-zur-st%C3%A4rkung-von>

Des weiteren können Sie die Abläufe und Gedanken zu den Anhängen RM-2016-12- 2 und 3 entnehmen (Fuchslocher-Infos).

Am **14.12.16** fand im BMFSFJ ein Treffen mit der BAGFW sowie den Staatssekretären der A-Länder (nicht plausibel warum diese) über neue Linien einer SGB-VIII Reform im Bereich der HzE (als Termin steht auch im Raum der 18.1.17.). Ob das BMFSFJ nun endlich die Verbände als Gesprächspartner wirklich „anhört“ und einbezieht, wird sich zeigen...

Wie ich hörte, sind die Mitglieder des Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend weiterhin nicht erbaut von dem Entwurf und seinen Weiter-Entwicklungen, einschließlich der CDU-Bundestagsfraktion, die sich angesichts der geplanten „Entkernung der Elternrechte“, „Einführung von Regel- und Gruppenangeboten statt Einzelfallhilfen“ und „Pflegekinder-Verbleib“ deutlich und kritisch zu der geplanten Reform geäußert hat und diese nicht mittragen will. Aber auch innerhalb der SPD-Fraktion scheint man irritiert zu sein. Auffallend ist, dass von den Grünen im Bundestag so gut wie nichts kommt. Man kann den

Eindruck bekommen, dass hier mit keinerlei Engagement oder gar Fachkompetenz in Bezug auf die Bestrebungen des BMFSFJ zeigt. Es ist schon bemerkenswert, was da nicht läuft und man fragt sich, ob die auf dem letzten Parteitag der Grünen proklamierte und vergessene Dimension „Soziale Gerechtigkeit“ wirklich politisch von dieser Partei gelebt wird. Da hört man von alten SPD-KollegInnen weitaus mehr Engagement und Kritik – und die nahezu verzweifeln angesichts der Bestrebungen ihrer Partei ... und mancher überlegt auch seinen Parteiaustritt... Die, die sich eindeutig klar und engagiert in den Widerstand gegen diese „Reform“ einbringen, sind die LINKE (daher auch eine Reihe von Infos aus dieser Partei, von den anderen kommt nichts!). In einem Treffen der Obleute der Bundestagsabgeordneten und den Fachverbänden im **Februar 2017** werden die kritischen Punkte besprochen.

Kritikpunkt ist besonders seit dem „Mitmischen“ durch die Bundesländer die Frage der Finanzierung der UMF, da hier eine Reihe von Bundesländern bestrebt sind, hier die Sätze unter die für die anderen Jugendlichen herunterzufahren. Diesbezüglich scheint man auf einer Suche nach einer Regelung zu sein, die die Bedenken der Fachverbände ausräumt, dass man hier ein Einfallstor auch für Absenkung für die andere minderjährige Jugendliche schaffen könnte.

Der strittigste Punkt ist jedoch – siehe letzte Mail vom 15.10.16 – die Bestrebungen einer Reihe von Bundesländern eine „Länderspezifische Regelung“ einzuführen. Diese angestrebte Regionalisierung würde ein Ende der Tarifbezogenheit von Arbeitsverträgen – und da ja immer diesbezüglich mit noch mehr Dumpingpreisen zu rechnen ist, würde dies zu einer weiteren Absenkung von Gehältern in der Jugendhilfe führen – und damit früher oder später zu einem erheblichen Qualitätsverlust. Schon jetzt verlassen nicht wenige Sozialarbeiter/Sozialpädagogen die Jugendhilfe, weil sie in anderen Arbeitsfeldern besser bezahlt (und anerkannt!) werden. Derzeit sieht es so aus, dass der Länderfinanzausgleich bezüglich der Sozialgesetzgebung (Regionalisierung) vom Tisch ist ... – unklar ist aber, wie der Finanzausgleich stattdessen aussehen könnte...

Man muss derzeit gespannt sein, wie der „Referatsentwurf“ des BMFSFJ ausfallen wird und ob es dann im Kanzleramt zu einem Regierungsentwurf überhaupt kommt (hier muss man derzeit sehr auf den Widerstand der CDU-Fraktion gegen die Reform setzen!). Es sieht so aus, dass die Verbände derzeit auch in informellen Kontakten versuchen, Einfluss zu nehmen. Es ist dabei interessant, welche Akteure sich dabei eher zurückhalten oder gar nicht mit einer kritischen Stellungnahme auftreten (einige stellen darüber Vermutungen an, ob diese möglicherweise zum engen Kreis derjenigen gehörten, die den Entwurf mit zu „verantworten“ haben).

Hamburg als Bundesland, das mit dem Gesetzesentwurf am stärksten bestrebt ist, die derzeit nicht gesetzlich abgesicherte Praxis der Hamburger Jugendbehörden, legalisiert zu sehen, dominiert derzeit die Klärungsversuche und scheint alles mögliche zu tun, um andere Bundesländer „einzuwickeln“.

Zu diesen Bestrebungen gehört das, was in dem neuen Entwurf – siehe Anlage 1 =RM-2016-12-1 – nunmehr versucht wird: die Sozialpädagogische Familienhilfe als Regelangebot darzustellen, d.h. sie wird gleichgesetzt mit Erziehungsberatung, Kita und Schule, d.h. Sozialpädagogische Familienhilfe soll niedrigschwellig angelegt werden. Hier stellt sich die Frage, will man Familien helfen niedrigschwellig an eine SPFH zu kommen oder (was eher zu vermuten ist) dem Staat eine leichtere Kolonisierung von Familien und ihren Lebenswelten zu ermöglichen. Wenn SPFH eine niedrigschwellige Hilfe werden sollte, dann stellt sich die

Frage, wie es kommt, dass Jugendämter hier auf ihre Steuerungsmöglichkeiten verzichten, wo sie allerorten beklagen, dass sie diese verloren hätten.

Die Bestrebungen, SPFH als niedrighschwelliges Angebot einzuführen, haben nur den einen Zweck: Die Einführung von Ausschreibungsverfahren zu erleichtern. Dann werden Träger per Ausschreibungsverfahren (Pro Region, pro Familie? für die Ausführung von SPFH „ausgewählt“ ... und sicherlich wird, wie üblich, das billigste Angebot genommen. Dass dies dann heißt, dass die Mitarbeiter in der SPFH noch schlechter bezahlt werden würden als bisher, ist dann damit auch klar. Die im neuen Entwurf (S. 4, Absatz 2) benutzte Formulierung muss man sich erst mal in seiner Konsequenz genau anschauen... sie sieht recht harmlos aus, aber hat es in sich. Für alle die bisher auf der Basis des § 31 (oder 27) mit Familien arbeiten, wird sich eine Verschlechterung einstellen, die es in sich haben würde.

Sobald in dem Referatsentwurf sowie in den Verbändegesprächen diese Richtung noch deutlicher wird, gilt es **erneut erheblichen Widerstand seitens der Basismitarbeiter zum Ausdruck zu bringen.** Sie können sich sicher sein, dass jemand wie ich, die sich seit über 35 Jahren für eine qualifizierte Familienarbeit innerhalb der Jugendhilfe einsetzt, dem sich entgegenstellen wird.

Schon ist wieder zunehmend zu beobachten, wie mit „einfachsten Mitteln“ – d. h. wieder sehr linear gedachten Hilfen man den „Problemen der Familien beikommen will“, anstatt zu verstehen, dass Probleme im Kontext der Familien zu betrachten und zu bearbeiten sind. Ich fühle mich in die End-1970er/1980er Jahre versetzt, als keiner verstand, dass man anders mit Familien arbeiten muss als sie zu „begleiten“, um langanhaltende „Effekte“ zu erreichen. Es ist zum Verzweifeln und irgendwie bekomme ich den Eindruck, dass man seitens der Gesetzgeber (und der Apologeten dieses Verständnisses in Hamburg und anderswo) diese Jugendhilfefamilien eigentlich „abgeschrieben“, hat.

Letztlich geht es, wie oben angedeutet, darum, dass man mit diesem Gesetzentwurf es irgendwie hinbekommen will, die Finanzierung von SRO-Angeboten a la Hamburg hinzubekommen, wie man doch Formen der Ausschreibung legalisiert bekommt (was der Sozialgesetzgebung widerspricht!). Hierin sehen auch die Obersten Landesjugendbehörden erhebliche Mängel.

Man wird sehen....

Ich melde mich sobald ich einen Referatsentwurf erhalten habe ... und falls wider erwarten es doch rasch einen Regierungsentwurf geben sollte, dann auch mit diesem... Denn dann gilt es vermutlich noch einmal alles zu aktivieren, was eine Basis der Mitarbeiter aktivieren kann, um zu zeigen: So nicht mit uns...

Ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest, ein gesundes und friedvolles Neues Jahr und angenehme Zwischenjahrestage zu Ihrer Erholung.

Marie-Luise Conen

Dr. Marie-Luise Conen || <http://www.context-conen.de>
Context-Institut für systemische Therapie und Beratung
Heinrich-Seidel-Str. 3, D-12167 Berlin, Germany
Tel. (0049)- (0)30-7954716, Fax (0049)- (0)30-7954717

Falls Sie aus meinem Verteiler gestrichen werden möchten, so lassen Sie mich dies mit einer kurzen Mail wissen, wir streichen Sie dann aus dem Verteiler.

Beigefügte Unterlagen

entweder in der 1. Mail – RM2016-1-10 oder 2. Mail RM-2016-11-20

1. BMFSFJ – Neuer Entwurf zum SGB VIII – betreffend des Dritten Abschnitts – Förderung und Finanzierung, Vereinbarungen über Leistungsangebote, Entgelte und Qualitätssentwicklung.

1.1. Sachstandsvermerk des BMFSFJ vom 30.11.16

2. Emails vom 12.12.-21.10.16 von Kolja Fuchslocher, Jugendpolitischer Referent der LINKEN

3. Länderabweichung – Debatte um Einsparmöglichkeiten im Umfeld der SGB VIII – Zusammenstellung von Kolja Fuchslocher, Die LINKE

4. Oberste Landesjugendbehörden Stellungnahme zur SGB-Reform vom 23.8.16 vom 4.11.2016 – unter Federführung von Hamburg

5. Norbert Struck, Diskussionspapier: Die Diskussion um eine „Reform“ des SGB VIII, Stand Dezember 2016

6. Beschlussvorschlag Bayer, Stand 24.10.16 für Jahreskonferenz der Regierungschefs der Länder vom 26.-28.10.2016 in Rostock

7. Vorläufiges Ergebnisprotokoll der Jahreskonferenz der Regierungschefs der Länder vom 26.-28.10.2016 in Rostock

8. Pressemitteilung SELLERING und HASELOFF informieren über Ergebnisse der MPK in Rostock

9. Offener Brief an die Staatssekretärin Frau MARKS zu ihrem Grußwort auf dem ASD-Kongress in Kassel am 15.9.16

10. Stellungnahme des SOAL – Alternativer Wohlfahrtsverband Sozial & Alternativ, Hamburg: Auswirkungen der SGB-Reform auf den Bereich der Kindertagesbetreuung (Kitapflicht durch die Hintertür?)

11. BMFSFJ Antwort auf schriftliche Frage MdB MÜLLER, Die Linke v. 27.2016 – wegen Länderöffnungsklausel

12. BMFSFJ Antwort auf schriftliche Frage MdB MÜLLER, Die Linke v. 20.5.2016 – wegen Jungen Volljährigen

13/14. BMFSFJ Antwort auf schriftliche Frage MdB MÜLLER, Die Linke v. 17.10.2016 – wegen Gutachter für SGB-VIII-Entwurf (Luthe u.a.?)

15. BMFSFJ Antwort auf schriftliche Frage MdB Dörner, Die Grünen, v. 20.10.2016 – wegen Regionalisierung der Jugendhilfe

16. MAGS-Meck-Pomm Antwort auf schriftlicher Anfrage MdL Bernhardt, Die Linke, Novellierung des SGB-VIII

17. Deutscher Städtetag, Berlin – Stellungnahme Reform des SGB VIII v. 9.8.2016 mit detaillierten Änderungsvorschlägen

18. Der Paritätische – Stellungnahme vom 30.9.2016 – Zurück auf Los! Der Paritätische Gesamtverband fordert die vorgesehene SGB-VIII-Reform zu stoppen

19. Johannes Münder – SGB-Reform – Einige Anmerkungen zum Arbeitsentwurf, 11.2016

20. a) Bürgerschaft Hansestadt Hamburg – Antrag auf Einsetzung einer Enquete Kommission zu Kinderschutz u. Kinderrechten weiter stärken.

20. b) TAZ-Mitteilung – Expertisen für die Kleinen – Bürgerschaft beschließt Enquetekommission zum von Kindern und deren Rechten